

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	III
Abkürzungsverzeichnis	XV
Literaturverzeichnis	XXIII
I. Einleitung	1
A. Themenstellung	1
B. Gegenstand und Verlauf der Untersuchung	3
II. Die Rechtsstellung der Minderheit im Betriebsrat nach dem ArbVG ..	5
A. Die Interessenlage im Betrieb	5
1. Allgemeines	5
2. Die „vorpositive“ Interessenlage	5
a) Verfügungsbefugnis über die Produktionsmittel und Arbeitsvertrag	5
b) Austauschverhältnis versus personenrechtliches Gemeinschaftsverhältnis	8
c) Interessengegensatz und Interessenidentität	10
3. Der Interessengegensatz als Ausgangspunkt der Betriebsverfassung des ArbVG	13
4. Die „sozialromantische“ Überspielung des Interessengegensatzes	17
a) Gesetz betreffend die Errichtung von Genossenschaften beim Bergbau	17
b) Gesetz über die Errichtung von Werksgemeinschaften	19
c) Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit	21
d) Zusammenfassung	23
5. Schlussfolgerung	23
B. Das Betriebsverfassungsrecht	25
1. Allgemeines	25
2. Die Beteiligung an der Führung und Verwaltung des Betriebes	27
a) Der Typus der Betriebsverfassung nach dem ArbVG	27
(1) Allgemeines	27
(2) Einordnung des österreichischen Betriebsverfassungsrechtes	27
(3) Betriebsautokratie und Betriebsdemokratie	30
(4) Schlussfolgerung	31
b) Das konstitutionelle System	31
(1) Allgemeines	31
(2) Das „konstitutionelle“ System des ArbVG	33
(3) Schlussfolgerung	37
c) Die Gewaltenteilung in der Betriebsverfassung des ArbVG	38
(1) Allgemeines	38
(2) Gesetzgeberische Verpflichtung zur Einräumung von Gegenmacht	38
(3) Schlussfolgerung	42
d) Zusammenfassung	42
3. Die Binnenverfassung der Arbeitnehmerschaft	44
a) Die demokratische Binnenverfassung	44
(1) Allgemeines	44
(2) Mediatisierung der Entscheidungsfindung	46
(3) Entscheidungsfindung nach dem Mehrheitsprinzip	47
(4) Zusammenfassung	47

V

Inhaltsverzeichnis

b)	Verfassungsgesetzliche Determination der Binnenverfassung	48
(1)	Die Verfassungseinrichtung der nichtterritorialen Selbstverwaltung ..	48
(2)	Der Selbstverwaltungsgedanke	50
(3)	Organbildung nach demokratischen Grundsätzen	52
(4)	Schlussfolgerung	54
c)	Die Gewaltenteilung in der Binnenverfassung	55
(1)	Allgemeines	55
(2)	Zur Parteienfeindlichkeit des Rätesystems und des Konstitutionalismus	57
(3)	Mehrheit und Minderheit im Betriebsrat	58
(4)	Zur Funktion der Minderheit im Betriebsrat	59
4.	Die Verschränkung von Gegenmachprinzip und Demokratieprinzip	61
a)	Allgemeines	61
b)	Die Determination der Betriebsratstätigkeit	63
(1)	Determination durch gesetzliche Wertungen	63
(a)	Allgemeines	63
(b)	Verbesserung der Arbeitsbedingungen	63
(c)	Wohl der Arbeitnehmer und des Betriebes gem § 39 Abs 1 ArbVG	64
(d)	Interessen der Arbeitnehmerschaft	66
(e)	Sonstige gesetzliche Wertungen	66
(f)	Schlussfolgerung	67
(2)	Determination durch Verfahren	69
(a)	Allgemeines	69
(b)	Anschauung von den „Interessen der Arbeitnehmer“ und Fraktionszugehörigkeit	70
(3)	Zusammenfassung	72
5.	Abschließende Schlussfolgerung	73
C.	Minderheitsrechte im Betriebsrat	75
1.	Allgemeines	75
2.	Das Verhältnis von Mehrheit und Minderheit im Betriebsrat	75
a)	Gruppenschutzregelungen	75
b)	Wahlen nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechtes	76
c)	Einberufung von Betriebsversammlungen	79
d)	Einberufung der konstituierenden Sitzung	81
(1)	Allgemeines	81
(2)	Einberufungsbefugnis	82
(3)	Pflicht zur Einberufung und Zurechnungspunkt des Rechtes zur subsidiären Einberufung	84
(4)	Schlussfolgerung	85
e)	Wahl der Organfunktionäre	85
(1)	Allgemeines	85
(2)	Die Wahl des Betriebsratsvorsitzenden	86
(3)	Die Wahl der übrigen Funktionäre	87
(4)	Schlussfolgerung	92
f)	Einberufung von Betriebsratssitzungen	92
g)	Exkurs: Vorsitzführung in angeordneten Betriebsratssitzungen	94
h)	Dauernde Delegation von Befugnissen an Ausschüsse	97
(1)	Allgemeines	97
(2)	Genese	97
(3)	Weiterreichender Minderheitsschutz?	100
(4)	Das „Spiegelbildlichkeitsprinzip“ im ArbVG	101
(a)	Die Wahl bei bloß einer Mitgliedstelle	101
i.	Allgemeines	101

Inhaltsverzeichnis

ii. Die Wahl des eingliedrigen Jugendvertrauensrates	102
iii. Die Wahl eines Arbeitnehmervertreters in den Aufsichtsrat gem § 110 Abs 6 ArbVG	104
(b) Die Entsendung bei bloß einer Mitgliedstelle	105
(c) Die Wahl bzw Entsendung bei mehreren Mitgliedstellen	107
i. Allgemeines	107
ii. Die Wahl bei mehr als einer Mitgliedstelle	107
iii. Die Entsendung bei mehr als einer Mitgliedstelle	107
(d) Schlussfolgerung	109
(5) Vorschlagsrecht in Bezug auf den Minderheitsvertreter gem § 69 Abs 4 S 2 ArbVG	109
i) Beschlussquoren	111
(1) Allgemeines	111
(2) Rücktritt des Betriebsrates und Enthebung von Organfunktionären ..	111
(3) Zustimmung zur Kündigungsabsicht bzw zur ausgesprochenen Entlassung	112
(4) Autonome Geschäftsordnung	113
(5) Geschäftsführende Ausschüsse	114
j) Bekämpfung betriebsverfassungsrechtlicher Gesamtake	115
(1) Allgemeines	115
(2) Entsendung in den Aufsichtsrat	116
(3) Entsendung in die Konzernvertretung	117
(4) Klagslegitimation in sonstigen Fällen	118
k) Abschließende Schlussfolgerung	118
(1) Bevorzugung stimmenstarker Wahlvorschläge und ihrer Kandidaten ..	118
(2) Schutz der qualifizierten Minderheit	119
(3) Kein umfassendes Spiegelbildlichkeitsprinzip	120
3. Das einzelne Betriebsratsmitglied	123
a) Allgemeines	123
b) Das freie Mandat und die Repräsentation der Gesamtheit	124
c) Das freie Mandat des Betriebsratsmitgliedes: Sein Schutz und seine Schranken	125
(1) Allgemeines	125
(2) Im Verhältnis zum Betriebsrat	128
(a) Allgemeines	128
(b) Organisation der Tätigkeit	129
(c) Finanzierung der Tätigkeit	130
(3) Im Verhältnis zur Listenkurie	131
(4) Im Verhältnis zum Betriebsratsvorsitzenden	132
d) Rechte des einzelnen Betriebsratsmitgliedes in Bezug auf die Willensbildung des Betriebsrates	134
(1) Allgemeines	134
(2) Einberufung der Betriebsratssitzung	135
(a) Allgemeines	135
(b) Durchsetzung von Betriebsversammlungen	136
(c) Durchsetzung von Betriebsratssitzungen	137
(d) Durchsetzung der konstituierenden Sitzung	139
(3) Ladung zur Betriebsratssitzung und Bekanntgabe der Tagesordnung ..	141
(4) Übermittlung der relevanten Unterlagen und Informationsanspruch ..	142
(a) Allgemeines	142
(b) Pflicht zur Informationsweitergabe innerhalb des Rahmens der Informationsrechte der Arbeitnehmerschaft	145
(c) Pflicht zur Informationsweitergabe außerhalb des Rahmens der Informationsrechte der Arbeitnehmerschaft	147

(5) Ergänzung der bekanntgegebenen Tagesordnung	149
(6) Recht auf Teilnahme an der Betriebsratssitzung	152
(a) Allgemeines	152
(b) Recht auf Anhörung	152
(c) Recht auf Stellung von Beschlussanträgen und Stimmabgabe	153
(7) Bekämpfung von Beschlüssen	155
(a) Allgemeines	155
(b) Nichtigkeit oder Anfechtbarkeit	156
(c) Aufgriffsobliegenheit und Außenwirkung	158
(d) Nichtbeschluss	159
(e) Exkurs: Inhaltliche Mängel	160
(8) Durchsetzung von Beschlüssen	161
(a) Allgemeines	161
(b) Deklarative oder konstitutive Wirkung	161
(c) Gerichtliche Geltendmachung	163
(9) Durchsetzung mittels einstweiliger Verfügung	164
(10) Abschließende Schlussfolgerung	167
 D. Geschäftsführung und Vertretung des Betriebsrates	168
1. Geschäftsführung	168
a) Art der Geschäftsführung	168
(1) Allgemeines	168
(2) Gesamtgeschäftsführung	169
(3) Gesamtverantwortung	172
(4) Einzelgeschäftsführung bei Gefahr im Verzug	174
(5) Schlussfolgerung	176
b) Form der Willensbildung	176
(1) Allgemeines	176
(2) Judikaturanalyse	177
(3) Konkludente Beschlussfassung außerhalb von Betriebsratssitzungen	178
(4) Konkludente Beschlussfassung in Betriebsratssitzungen	179
2. Vertretung	181
a) Aktive Vertretung	181
(1) Allgemeines	181
(2) Überschneidende Vertretungsmacht?	182
(3) Weitergabe der Vertretungsmacht	183
(4) Unwirksamkeit ungedeckter Vertretungsakte	184
b) Passive Vertretung	188
3. Interventionsrecht gem § 37 ArbVG	189
a) Allgemeines	189
b) Kontaktaufnahme durch das einzelne Betriebsratsmitglied	190
c) Schlussfolgerung	193
4. Übertragung von Aufgaben	193
a) Delegation von Befugnissen	193
(1) Allgemeines	193
(2) Delegation von Befugnissen	195
(a) Delegation von Befugnissen, die keiner Beschlussfassung bedürfen	195
i. Delegation im Einzelfall	195
ii. Dauernde Delegation	196
(b) Delegation der Vorbereitung und Durchführung von Beschlüssen	197
i. Delegation im Einzelfall	197
ii. Dauernde Delegation	197

(c) Delegation von Befugnissen, die einer Beschlussfassung bedürfen	197
i. Delegation im Einzelfall	197
ii. Dauernde Delegation	198
(3) Exkurs: Recht zur Vertretung	198
(4) Immanente Grenzen?	201
(a) Unzulässigkeit von Blanko- bzw Globaldelegationen	201
(b) Beeinträchtigung der (Informations- und Kontroll-)Rechte der nicht-delegierten Betriebsratsmitglieder	202
(c) Mehrfache Delegation im Einzelfall	203
(d) Schlussfolgerung	204
(5) Informations- und Kontrollrechte des einzelnen Betriebsratsmitgliedes bei Delegierungen	204
(a) Delegation und Gesamtverantwortung	204
(b) Anspruch auf Information	205
(c) Anspruch auf Teilnahme	206
(d) Schlussfolgerung	207
(6) Exkurs: Leitungsausschuss bzw Präsidium der Konzernvertretung	208
b) Entscheidung in Gremien	210
(1) Allgemeines	210
(2) Wahlvorstand für die Zentralbetriebsratswahl	211
(3) Verwaltungsgremien	212
(a) Allgemeines	212
(b) Explizite Ausgestaltung des Minderheitsschutzes	213
(c) Teleologische Lücke	214
(d) Zusammenfassung	217
(4) Disziplinarkommissionen	218
c) Kompetenzübertragung	220
(1) Allgemeines	220
(2) Beschlussquoren	221
(3) Mitteilung der Kompetenzübertragung	222
(4) Dauer und Widerruf	223
E. Personal- und Sachaufwand	224
1. Allgemeines	224
a) Ansprüche des Betriebsrates	225
b) Ansprüche des einzelnen Betriebsratsmitgliedes	225
c) Schlussfolgerung	228
2. Aufgabenakzessorietät	229
a) Allgemeines	229
(1) Konnex zwischen Ressourcen und Aufgaben	229
(2) Ausrichtung der Interessenvertretungstätigkeit und Allokation von Ressourcen	230
(3) Unentziehbarer Kern betriebsverfassungsrechtlicher Betätigung	231
b) Freistellung	231
(1) Ad-hoc Freistellung	231
(2) Bildungsfreistellung	232
c) Sachmittel und Barauslagen	234
3. Fraktionszugehörigkeit	235
a) Allgemeines	235
b) Pflicht zur Berücksichtigung der Fraktionszugehörigkeit	236
c) Recht zur Berücksichtigung der Fraktionszugehörigkeit	237
(1) Allgemeines	237
(2) Mehrheit innerhalb des Betriebsrates versus Mehrheit innerhalb der Listenkurie	238

(3) Fehlerhafte Ermessensübung versus Ermessensübung im Sinne des Gesetzes	239
d) Zusammenfassung	241
III. Auswirkungen des Unionsrechtes sowie des Arbeitsvölkerrechtes auf die Rechtsstellung der Minderheit im Betriebsrat	242
A. Diskriminierungsverbot wegen der Weltanschauung	242
1. Allgemeines	242
2. Politische Gesinnung als Weltanschauung	243
a) Allgemeines	243
b) Allgemeine Auslegungsgesichtspunkte	245
(1) Wortlaut	245
(2) Zweck	247
(3) Systematik	249
(a) „wegen der Religion oder der Weltanschauung“	249
(b) Primärrechtskonforme Auslegung	252
(4) Ergebnisse	255
c) Konkretisierung des Begriffes der Weltanschauung	256
(1) Allgemeines	256
(2) Weltanschauung als Gedankensystem	257
(3) Weitere Abgrenzung	259
(a) Reichweite des Gedankensystems	259
(b) Kritik an der Abgrenzung zwischen Weltanschauung und Meinung	261
(c) Kollektivität der Weltanschauung	264
(d) Einschränkung des Tatbestandes?	269
d) Schlussfolgerung	271
3. Betriebsratstätigkeit als Ausdruck einer Weltanschauung	275
4. Arbeitnehmerorganisation	278
a) Allgemeines	278
b) Die Arbeitnehmerschaft als Arbeitnehmerorganisation	279
(1) Wortlaut	279
(2) Zweck	282
(a) Allgemeines	282
(b) Einfluss auf die Arbeitswelt	282
(c) Durchsetzung von Rechten und Interessen	282
(d) Schlussfolgerung	284
(e) Absicherung des Ergebnisses: Effet-Utile-Grundsatz	285
(3) Systematik	286
(a) Recht auf Kollektivverhandlungen und Kollektivmaßnahmen	286
(b) Partner des sozialen Dialogs	287
(c) Kohärenz des Unionsrechtes	289
(4) Schlussfolgerung	291
5. Mitgliedschaft und Mitwirkung	293
6. Zwischenergebnis	294
7. Klärung von Vorfragen für die weitere Untersuchung	295
a) Vergleichbarkeit der Situation	295
b) Unmittelbare Diskriminierung und Ausnahmen	297
(1) Allgemeines	297
(a) Art 4 Abs 1 RL 2000/78/EG	298
(b) Art 4 Abs 2 RL 2000/78/EG	303
(2) Berufliche Tätigkeit	303
(a) Entgeltlichkeit der Tätigkeit	303
(b) Begründung des Rechtsverhältnisses	306

Inhaltsverzeichnis

(3) Ethos	308
(a) Allgemeine Auslegungsgesichtspunkte	308
(b) Objektive Anforderungen versus Selbstverständnis	310
(c) Schlussfolgerung	312
c) Mittelbare Diskriminierung und Rechtfertigung	314
(1) Benachteiligung „in besonderer Weise“	314
(2) Sachliche Rechtfertigung	317
d) Exkurs: Gleichbehandlungsrelevante Normen des ArbVG	320
e) Rechtsfolgen	323
(1) Gesetz bzw Verordnung	324
(2) Betriebsverfassungsrechtliche Gesamtakte	325
(a) Allgemeines	325
(b) Problemstellung	327
(c) Nichtigkeit der Stimmabgabe	327
(d) Nichtigkeit des Gesamtaktes	330
(e) Reichweite der Nichtigkeit	332
(f) Erfüllungsanspruch oder planwidrige Unvollständigkeit	335
i. Allgemeines	335
ii. Gesetzeswidersprüche	336
iii. Wertungswidersprüche	338
iv. Schlussfolgerung	339
(g) Lückenschließung	339
(h) Anspruchsgegner	343
B. Koalitionsfreiheit	345
1. Allgemeines	345
2. Betriebsverfassungsrecht und Koalitionsfreiheit	347
a) Allgemeines	347
b) Betriebsverfassungsrecht als Eingriff in die Koalitionsfreiheit	351
(1) Allgemeines	351
(2) Eingriff durch Schaffung einer Betriebsratsorganisation	352
(3) Eingriff durch Schaffung verbindlicher Konfliktlösungsmechanismen	354
(4) Wechselwirkung zwischen Eingriffsintensität und gewerkschaftlichen Betätigungsrechten im Rahmen der Betriebsratsorganisation	355
(5) Schlussfolgerung	356
c) Gewerkschaftliche Betätigung in der österreichischen Betriebsverfassung	358
(1) Allgemeines	358
(2) Unterstützungsfunktion der Gewerkschaft	358
(3) Gestaltungsfunktion der Gewerkschaft	360
d) Erfordernis der Kollektivvertragsfähigkeit	361
e) Schlussfolgerung	365
3. Koalition iSd Art 11 EMRK	367
a) Merkmale der Koalition	367
(1) Allgemeines	367
(2) Vereinigung und Gewerkschaft	367
(3) Freiwilligkeit des Zusammenschlusses	369
(4) Vertretung von Arbeitnehmerinteressen	369
(5) Gegnerfreiheit und Gegnerunabhängigkeit	370
(6) Überbetrieblichkeit?	371
(7) Schlussfolgerung	373
b) Betriebsverfassungsrechtliche Akteure als Koalition	374
(1) Arbeitnehmerschaft und Betriebsrat	374
(2) Die „wahlwerbende Gruppe“ in ArbVG und BRWO	376
(a) Allgemeines	376

(b) Die Wählergruppe	376
i. Die Wählergruppe als Zurechnungsendpunkt subjektiver Rechte	376
ii. Die Wählergruppe als organisatorisch verfestigter Zusammenschluss	378
a. Die zeitliche Dimension	378
b. Zugehörigkeit und Vertretung	380
c. Sachbeistellung und Betriebsratsfonds	382
d. Freistellung von der Arbeitsleistung	383
iii. Die Wählergruppe als Koalition	385
a. Allgemeines	385
b. Dauerhaftigkeit, organisatorische Verfestigung und Freiwilligkeit der Mitgliedschaft	386
c. Freiwilligkeit der Kandidatur auf dem Wahlvorschlag	386
d. Gegnerfreiheit und Gegnerunabhängigkeit	388
e. Ergebnis	392
iv. Exkurs: Freiheit des Austritts?	392
a. Allgemeines	392
b. Eingriff durch Gesetz	393
c. Legitimes Ziel	394
d. Zweck-Mittel-Relation	395
e. Schlussfolgerung	397
(c) Die Listenkurie	398
i. Die Listenkurie als Zurechnungsendpunkt subjektiver Rechte	398
ii. Die Listenkurie als organisatorisch verfestigter Zusammenschluss	401
iii. Die Listenkurie als Koalition	403
4. Ergebnis	404
a) Allgemeines	404
b) Koalitionsspezifische Rechte der wahlwerbenden Gruppe	404
(1) Autonomie in inneren Angelegenheiten	404
(2) Gewerkschaftliche Betätigung	405
(a) Allgemeines	405
(b) Zutrittsrechte zum Betrieb	407
(c) Freistellung zum Zweck der Wahlwerbung	408
(d) Duldungspflicht zum Zweck der Werbung	411
C. Schlussfolgerungen	414
1. Kollision zwischen Koalitionsfreiheit und Diskriminierungsverbot	414
a) Allgemeines	414
b) Auflösung der Grundrechtskollision	415
c) Schlussfolgerung	418
2. Kollision zwischen Demokratie und Diskriminierungsverbot	419
a) Allgemeines	419
b) Rechtmäßiges Ziel	420
c) Verhältnismäßigkeit	420
(1) Eignung	420
(2) Erforderlichkeit	421
(3) Angemessenheit	424
d) Schlussfolgerung	425
e) Exkurs: Geheime Stimmabgabe und Betriebsratswahl	425
3. Kollision zwischen Organisationsautonomie und Diskriminierungsverbot	427
a) Allgemeines	427
b) Rechtmäßiger Zweck	428

Inhaltsverzeichnis

(1) Maßstab	428
(2) Grundrechtliche Fundierung der betriebsrätslichen Interessenvertretungstätigkeit	429
(3) Zwischenergebnis	433
c) Wesentliche und entscheidende berufliche Voraussetzung	434
(1) Allgemeines	434
(2) Anforderungen aufgrund der Art der Tätigkeit	435
(3) Anforderungen aufgrund der Rahmenbedingungen der Tätigkeit	437
(4) Zwischenergebnis	439
d) Verknüpfung mit der Weltanschauung	439
e) Verhältnismäßigkeit	440
(1) Allgemeines	440
(2) Eignung	441
(3) Erforderlichkeit	441
(4) Angemessenheit	443
f) Schlussfolgerung	445
IV. Schlussbetrachtung	446
V. Zusammenfassung der wesentlichen Erkenntnisse	450
Stichwortverzeichnis	459